

VORWÄRTS

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 30. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Wortlaut der deutschen Mantelnote.

Die sogenannte Mantelnote, das Dokument, das den Inhalt der deutschen Kritik an den gegnerischen Friedensbedingungen...

Deutsche Delegation. Verfaßt, den 29. Mai 1919. Herr Präsident!

Ich habe die Ehre, Ihnen in der Anlage die Bemerkungen der deutschen Delegation zu dem Entwurf des Friedensvertrags zu überreichen...

Die Zumutungen dieses Vertrags gehen über die Kraft des deutschen Volkes.

Wir sollen zur Wiederherstellung des polnischen Reichs auf unbeschränkt deutsches Gebiet verzichten, fast auf die ganze überwiegend deutsche Provinz Westpreußen...

Fünfzehn Jahre lang soll rheinisches Gebiet besetzt sein und die Alliierten es nach fünfzehn Jahren in der Hand haben...

Der schwächste und geschwächte Deutschland soll sich, abgesehen auf Erhaltung der Kriegskosten...

Die zu zahlende Summe soll von den Gegnern einseitig festgesetzt werden und späterer Abänderung und Erhöhung unterliegen...

Tras solcher ungeheuerlichen Forderungen wird und gleichzeitig der Wiederaufbau unserer Wirtschaft...

Die internationale Kommission für Wiedergutmachung erhält diktorische Gewalt über unser gesamtes Volk...

Die internationale Kommission für Wiedergutmachung erhält diktorische Gewalt über unser gesamtes Volk...

Die internationale Kommission für Wiedergutmachung erhält diktorische Gewalt über unser gesamtes Volk...

Die internationale Kommission für Wiedergutmachung erhält diktorische Gewalt über unser gesamtes Volk...

Die internationale Kommission für Wiedergutmachung erhält diktorische Gewalt über unser gesamtes Volk...

nein gewünschten Kanäle und Eisenbahnen bauen, es muß den Verträgen unbekanntem Inhalt zustimmen...

Deutschland weiß, daß es Opfer bringen muß, um zum Frieden zu kommen. Deutschland weiß, daß es solche Opfer vertragsgemäß zugesichert hat...

1. Deutschland bietet an, mit der eigenen Entwaffnung allen anderen Völkern voranzugehen, um zu zeigen, daß es helfen will, das neue Zeitalter des Rechtsfriedens herbeizuführen...

2. In territorialen Fragen hält sich Deutschland rückhaltlos auf den Boden des Wilsonprogramms. Es verzichtet auf seine Staatshoheit in Elsaß-Lothringen...

Zugang zum Meere unter internationaler Garantie zu gewähren. Deutschland ist bereit, die wirtschaftliche Versorgung Frankreichs mit Kohlen...

famtlischen Kolonien der Gemeinschaftsverwaltung des Völkerbundes

zu unterstützen, wenn es als dessen Mandatar anerkannt wird.

3. Deutschland ist bereit, die ihm nach dem vereinbarten Friedensprogramm obliegenden

Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Mark Gold zu leisten, und zwar 20 Milliarden Mark Gold bis zum 1. Mai 1926...

Deutschland setzt hiermit voraus, daß es keine weiteren territorialen Opfer als die vorherwähnten zu bringen hat...

4. Deutschland ist bereit, seine gesamte wirtschaftliche Kraft dem Dienst der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich...

5. Schließlich bietet Deutschland an, seinen gesamten Handelsflottenraum in einen Westpool einzubringen...

6. Zum Ersatz der in Belgien und Nordfrankreich vernichteten Flußschiffe bietet Deutschland Flußfahrzeuge aus eigenem Vorrat an.

7. Deutschland glaubt zu beschleunigter Erfüllung seiner Entschädigungspflicht in der Ueberlassung von industriellen Betrieben...

8. Deutschland will, in Uebereinkunft mit Willen der organisierten Arbeiter der ganzen Welt, die Arbeiter in allen Ländern frei und gleichberechtigt leben...

glaipolitik und Sozialversicherung selbst entscheidend mitzuwirken.

9. Die deutsche Delegation stellt erneut ihre Forderung nach einer neutralen Untersuchung über die Verantwortlichkeit für den Krieg...

Eine unparteiische Kommission sollte das Recht haben, die Archive aller kriegsführenden Länder einzusehen...

Nur die Zusage, daß die Schuldenfrage unbefangenen geprüft wird, kann den verfeindeten Völkern die Genugung geben...

Das sind nur die wichtigsten Vorschläge, die wir zu machen haben. Wegen weiterer großer Opfer...

Die für die Ausarbeitung dieser Denkschrift und geforderte Freikarte ist kurz, daß es unmöglich war, alle Fragen zu erschöpfen...

Dieser Friede soll das größte Vertragswerk der Geschichte werden. Es gibt kein Beispiel, daß so umfassende Verhandlungen nur durch schriftlichen Notenaustausch geführt worden sind...

Deutschland soll den ihm vorgelegten Vertrag mit seiner Unterschrift versehen und ihn erfüllen. Auch in seiner Not ist ihm das Recht zu heilig...

Nur ein Zusammenarbeiten aller Völker, ein Zusammenarbeiten der Hände und der Geister...

Wir täuschen uns nicht darüber, wie hart der Kampf und die Erbitterung sind, die dieser Krieg erzeugt...

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der zweite Teil der deutschen Friedensdenkschrift.

Der zweite Teil der deutschen Friedensdenkschrift, mit dessen amtlicher Veröffentlichung...

Hier die

Bestimmung des Selbstbestimmungsrechts

bringt er folgenden Vorschlag zur Anregung: Diese Erklärung muß durch eine Selbstbestimmung nach Gemeinden abgegeben werden...

Im einzelnen erhebt der deutsche Vorschlag Einspruch dagegen, daß Neutral-Nordsee und Preussisch-Nordsee ohne Volksabstimmung...

Auch der Vorschlag der Entente

Elsaß-Lothringen

ohne Zustimmung an Frankreich abzutreten, würde lediglich eine neue Quelle des Völkerhaßes schaffen...

vereinigt werden wollen oder volle Unabhängigkeit, insbesondere Freiheit des wirtschaftlichen Anschlusses an einen der Nachbarn, vorzuziehen.

Deutschböhmen

nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die Möglichkeit haben, sich aus freier Entschluß und ohne Zwang dem Deutschen Reich anzuschließen zu dürfen.

Die Fragen des Ostens.

Die Abtretung Oberschlesiens und der deutschen Gebiete Ostens wird abgelehnt, ebenso die nationale Vergewaltigung Danzigs. Deutschland ist bereit Memel, Königsberg und Danzig zu freihalten und dort den Polen weitgehende Rechte einzuräumen. Der Verbindungsring mit Ostpreußen muß Deutschland erhalten bleiben, nur ungewissheit polnische Gebiete Westpreußens können abgetrennt werden. Abgelehnt wird die Abtretung der Kreise Stuhm, Marienburg, Marienwerder, Heiligenberg, Memel, Gumbelzug, Tilsit und Ragnit, deren überwiegend deutsche Bevölkerung die Trennungsdabsichten befürchtet hat.

Schleswig.

Beständig Schleswigs schlägt die deutsche Regierung vor, daß die Begrenzung des Abstammungsgebietes vorläufig nach Süden mit der Linie zusammenfällt, welche die Umschlaglinie der sprachlichen Mehrheit bedeutet, so daß Gemeinden abstimmen werden, wobei in territorialem Zusammenhang mehr als 50 Proz. Dänen enthalten. Die Abstimmung erfolgt gleichzeitig an demselben Tage. Die deutschen Behörden bleiben während der Abstimmung bestehen, werden aber einer aus gleichviel Deutschen, Dänen und mit einem schwedischen Obmann bestehenden Kommission untergeordnet.

Die Kolonien.

Deutschland verzichtet auf Schantung und Kiautschau aber nicht auf seine übrigen Kolonien, die es eventuell als Mandatar des Völkerbundes verwaltet will. Es fordert die Verweisung der Kolonialfrage an einen besonderen Ausschuss.

Das Verhältnis zu Rußland.

Deutschland beansprucht keinerlei altrussisches Gebiet und betrachtet die staatsrechtliche Struktur einzelner russischer Staaten als deren innere Angelegenheit. Ein Recht Rußlands auf Wiederherstellung und Wiedergutmachung durch Deutschland wird nicht anerkannt. Die Verträge und Vereinbarungen zwischen den Alliierten und den russischen Staaten können von der deutschen Regierung erst anerkannt werden, wenn sie den Inhalt der Abmachungen kennen gelernt und überzeugt sein wird, daß die Abmachungen ihr die Weiterführung der früheren Beziehungen zu Rußland oder zu den russischen Staaten in Frieden und Freundschaft gestatten.

Weitere Verzögerung des Friedensvertrages für Oesterreich.

Eine Note Clemenceaus.

St. Germain, 29. Mai. (Korrespondenz.) Heute nachmittag erließ der Sekretär der Friedenskonferenz Dufasta beim Staatskanzler Fenner, um ihm im Namen Clemenceaus eine Note zu überreichen des Inhalts, daß auf der heute zur Prüfung der Friedensbedingungen mit Oesterreich versammelten Konferenz verschiedene Mitglieder den Wunsch nach einem Ausschub von zwei Tagen Ausdruck gegeben haben, der dem Studium dieses Dokuments dienen sollte. Demgemäß wird der Vertrag den österreichischen Bevollmächtigten erst am nächsten Montag überreicht werden können. Die Nachricht von diesem neuen Ausschub hat begreiflicherweise bei den Delegierten tiefe Enttäuschung hervorgerufen und wurde lebhaft erörtert. Die Tatsache, daß Clemenceau zu ihrer Ueberbringung den Sekretär der Konferenz sandte, deutet darauf hin, daß man sich auf Seiten der Entente dieser Verzögerung wohl bewußt ist und sie durch Höflichkeit der diplomatischen Form abzuschwächen bemüht war.

Für Dich, o Demokratie.

Von Walt Whitman.

Komm, ich will den Kontinent unauflöslich machen,
Ich will das glänzendste Geschlecht zeugen, das je von der
Sonne beschienen ward,
Ich will göttliche, magnetische Länder schaffen
Mit der Liebe von Kameraden,
Mit der lebenslangen Liebe von Kameraden!
Ich will Gemeinwesen pflanzen, stark wie die Bäume entlang
den Strömen und entlang den Ufern der großen
Seen und über all den Prärien,
Ich will ungetrennliche Städte bauen, eine den Arm um den
Rücken der andern geschlungen
Durch die Liebe von Kameraden,
Durch die mannhafte Liebe von Kameraden!
Für dich dies von mir, o Demokratie, um dir zu dienen,
mein Weib!
Für dich, für dich schmettere ich diese Gefänge!

Tonkünstlerfest.

„Der Sonne-Geist“ von Rlose.

In den bangen und kritischsten Tagen ruft wie eine Glode aus glücklicher Zeit Musik in ihren Sinn. Zum erstenmal seit Beginn des Krieges wieder ein Tonkünstlerfest des Allgemeinen Deutschen Musikvereins, das zeigen soll, was an junger schöpferischer Kraft lebendig ist. Dem ewig Neuen, Abgegenwärtigen hat sich der von Liszt gegründete Verein verschrieben. Die Namen der Leiter bürgen dafür, daß die kommenden Tage über den Rahmen des theoretisch formulierten in Sachen des Konzertprogramms, der Aufführung aller und besserer, junger und schon verdorbener Werke herauskommen werden.

Ueber die künftige Stellung der Musik und des Musikers innerhalb der Sozialisierungsbestrebungen wird noch besonders gesprochen werden müssen. Dieses Thema stand in der Hauptversammlung zur Diskussion. Schillings, der hochverdiente Leiter des Vereins, trat zurück, um der hervorragenden, organisatorischen Kraft Rlose's Platz zu machen. Ihm künstlerisch zur Seite Housinger, während als neue Kandidaten in den Musikauschuss eintraten: Heinz Liesen, der Reutiner, und Georg Schöneemann, dessen Liebe die alte Musik ist. So wird Gärung sein im Verein, Seie in altem Zeug, vielleischt — und hoffentlich — Kampf.

Der erste Abend brachte Rlose's Oratorium „Der Sonne-Geist“ in einer technisch hervorragenden Darbietung durch den Chor der Sing-Akademie. Die einmütigen Schreierseiten der Chor-

Die Warnung der Reichsregierung und die Engländer.

Die rheinischen Sonderbündler.

Köln, 29. Mai. Auf Befehl des Militärgouverneurs soll folgende Bekanntmachung, die sich auf die amtliche Warnung der Reichsregierung, betreffend die Besetzung der Provinz Rheinhaut vom preussischen Staatsgebiet bezieht, in allen Zeitungen des von Briten besetzten Gebietes morgen veröffentlicht werden. „Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Veröffentlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich, daß keine der das Deutsche Reichs-Strafgesetzbuch betreffenden Paragraphen in dem britisch besetzten Gebiet rückgängig gemacht werde, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Gesetzes und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich alle Handlungen, die gegen § 81 des Deutschen Reichs-Strafgesetzbuches verstoßen, es sei denn, daß zu ihnen vorher ausdrückliche Genehmigung erteilt worden ist.“

Charles Ferguson,

Lieut-General, britischer Militärgouverneur des besetzten deutschen Gebietes.

Nach der schmachtvollen Abfuhr, welche die Sonderbündler vom Rhein durch die Preussische Landesversammlung, die Reichsregierung und jetzt sogar durch britische Besatzungsbehörden in Köln haben erleben müssen, möchten wir hoffen, daß sie nun doch ein für allemal von ihren Sonderbündeleien kuriert sind.

Giesberts und Landsberg von Versailles abgereist.

Verailles, 29. Mai. Die Reichsminister Giesberts und Landsberg sowie achtzehn Herren der deutschen Friedensdelegation sind heute abend von Versailles nach Deutschland zurückgereist.

Um von vornherein etwaigen Legendenbildungen entgegenzutreten, möchten wir bemerken, daß in dieser Abreise nicht etwa ein Abbruch der Unterhandlungen zu erblicken ist. Da die deutschen Gegenvorschläge zurzeit überreichlich sind, erübrigt sich eine Anwesenheit förmlicher Minister. Brodorski-Rantau bleibt selbstverständlich in Versailles.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Italiens gegen den Friedensvertrag.

Bern, 29. Mai. Die „Avanti“ meldet, hat die sozialistische Kammergruppe in einer einstimmig angenommenen Tagesordnung, die allen sozialistischen Fraktionen der Welt mitgeteilt werden soll, beschlossen, sich der Ratifizierung des Friedensvertrages durch das Parlament mit allen Mitteln zu widersetzen und mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß der Friedensvertrag in seiner Gesamtheit bei den nächsten Wahlen dem Urteil des Volkes unterbreitet werde.

Streikdrohung der englischen Textilarbeiter.

Amsterdam, 30. Mai. Londoner Meldungen zufolge ist in der ersten Juni-Woche ein allgemeiner Streik der englischen Textilarbeiter zu erwarten, da die Arbeitgeber bisher noch keine bindenden Erklärungen zu den Forderungen der Arbeiterchaft abgegeben haben. Die Textilarbeiter fordern 46 1/2 Stunden wöchentliche Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 30 Proz. Die Arbeiterorganisation hat ihre Forderung in Gestalt eines Ultimatum's erhoben, das am 6. Juni abläuft.

Die Rückreise Wilsons.

Kopenhagen, 30. Mai. Wie die „Dalla Mail“ aus Paris berichtet, rechnet man in Kreisen der Friedenskonferenz damit, daß Präsident Wilson die Rückreise nach den Vereinigten Staaten antreten wird, ohne die Unterzeichnung des Friedens mit Oesterreich abzuwarten.

einfaße, der Ionisierung, des Phosphorens und Desamierens waren ohne Rest überwunden. Der Eindruck war denn auch ein starker. Eine weniger gebildete Hörschicht wird wohl kaum von den Wörtern dieses Dichters angewandelt und bestrungen werden. Rombert's, ein poetisch durchdrachtener Gleichniß weiche, mit beschwommenen Symbolen überladene Dichtung fördert nicht das herabschende Ritzen, das ein Oratorium großen Stils entfalten soll; es ist Kunst für Denker und Philosophen. Rlose greift nach jenen Gestaltungen im Sonnen-Wirbel, die einen malerischen Glanz, die Farben und Bewegung verlangen. Er findet eine abstrakte, feierliche, großartig unterlegte Stimmung, der er auf langer Wanderung Einzelzüge passender Kraft und klingender Epikoden aufsucht. Er denkt mit seinem Dichter, denkt zu viel, und spart, um der Einheit und Reinheit des Tons nicht zu schaden, mit erlaubten Effekten. So fehlt der Auffassung im Ganzen, das Aufsteigende und Fallende der Konturen, wo Einzelheiten geradezu wie Offenbarungen wirken. Ich rechne dazu den Sonnen-Untergang, das Hinabsteigen des Gottes Sonne zur Erde, der Sturz der Sterne. Hier ist elementar tabulane Schöpfkraft seßlos und doch gebündelt durch Geschmeid und Schönheit. Mit geringem thematischen Material füllt Rlose, Herr seiner Waffen, die mythische Erzählung von 24 Stunden. Die Sinnlichkeit des Melos ist verdrängt durch den Geist, durch Kunstgewissen, durch Ethos.

Georg Schumann leitete die Aufführung mit großer künstlerischer Anteilnahme. Von den Solisten bestach der Klapfode (Prof. Fischer) durch den Schmelz seines langvollen Organs nicht minder als durch sein phänomenales Gestaltungsvermögen. Wilhelm Gattmann war wie stets, von unschätzbare musikalischer Sicherheit.

Ruri Singer.

Sturmabend: August Stramm.

Der erste im zweiten Hundert der von Herwarth Walden geleiteten Sturmabende gehörte wieder dem zühwächtigen Westfalen August Stramm. Mit keiner Beharrlichkeit wird im Sturmstreich für diesen Dichter gearbeitet, für den Dichter vorweg, aber auch für den Dramatiker. Mit gutem Grund. Er war eine besondere Erscheinung. Sein Wesen erfüllte ein ethisches Willen. Wie einer, der ungetüme Quader hebt und sagt, wie ich will. Er packt die Dinge der Lebenswirklichkeit im Punkte ihrer schwersten Last und wagt gegen ihr Erdrücken aus eigener Kraft auf. Dies wird immer fühlbar, auch in Gedichten, die ihren Stoff schließlich doch nicht meistern konnten. Es ringt im Bau eines ganzen Gedichts; es reißt sich oft förmlich in einem einzelnen Wort, das überreichend wahr gemolten Inhalt sammelt. Der Krieger hat in Stramm (er fiel 1915 im Osten, 41 Jahre alt) eine männliche Kraft vernichtet, in der die Lust, Unmögliches zu begreifen und zu versuchen, eiserne Muskelspannung spannte. „Den lieb' ich, der Unmögliches begehrt.“

Wohin Stramm als möglich erwand, deutet überzeugend Rudolf Müllers Vortrag an. Sie arbeitet aus der Unspannungskraft der Natur Stramm's heraus, aus ihrer Gesamtkommunikation, und nicht deren harten Ton in jedes Wort. Das lebt auch in der brandungsvollen Hingelinn, die Walden der Dichtung anjornmt. Männen erwähnt in vorbereitenden Bemerkungen zu

Lärm in der preussischen Landesversammlung.

Ein Agrarier provoziert.

Als heute in der preussischen Landesversammlung bei einer Debatte über besseren polizeilichen Schutz auf dem Lande Abg. Stenbel (Dnat. Vp.) ausführt, in Ostpreußen seien Arbeiterhorden bei den Landwirten eingefallen, erhob sich großer Lärm bei beiden sozialdemokratischen Fraktionen, die den Redner am Weiterreden verhinderten, da er immerfort denselben beschimpfenden Ausbruch wiederholte. Bei Schluß des Plattes bournen die erregten Eigenen nach an.

Schließlich entschuldigte sich der Beleidiger, worauf die Ruhe wieder einkehrte.

Das Koniger Urteil aufgehoben.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ meldet:

Das Gericht der 69. Infanterie-Brigade hatte 8 Musketiere des Infanterie-Regiments 176 wegen Meuterei zum Tode und 49 Soldaten zu je 19 Jahren Zuchthaus verurteilt. Es handelt sich bei diesen 57 Leuten um Angehörige des Jahrganges 1890, denen am 15. März durch ihren Vorgesetzten ein Befehl erteilt worden war, sie würden am 30. April entlassen. Am 7. April wurde aber den Leuten bekanntgegeben, daß im Bereich des 17. Armeekorps der Jahrgang 1890 noch nicht entlassen würde. Die Soldaten verweigerten daraufhin den Dienst und verlangten ihre Entlassung. Der Soldatenrat von Gierst wandte sich sofort nach Bekanntgabe des Urteils an den Reichswehrminister Koste und teilte ihm mit, daß der Ratbestand der Meuterei nicht vorhanden sei, die jungen Leute hätten ihre Baracken nicht verlassen und auch keine Angriffe auf Vorgesetzte ausgeübt. In dem Schreiben an Koste wurde die Zusammenkunft des Kriegsgerichts und die Verhandlungsführung als leichtfertig bezeichnet. Auch der Danziger Volksauschuss hat sich sofort an den Minister gewandt und um Aufhebung des Todesurteils gegen die 8 Leute gebeten. Daraufhin ist das Urteil aufgehoben und eine nochmalige Verhandlung angeordnet worden. — Das Gericht der 35. Division in Danzig verurteilte 12 Grenadiere wegen eines ähnlichen Falles zu je 9 Monaten Gefängnis.

Die „Freiheit“ hätte diesmal Gelegenheit, etwas zu loben. Sie entzieht sich aber geschickt dieser Gefahr, indem sie auf den „Vorwärts“ schimpft, der ihre tendenziöse Berichterstattung über diesen Fall getadelt hat und sich selber das Verdienst an der Aufhebung des Urteils zuschreibt. Sie behauptet, die acht zum Tode Verurteilten wären ohne ihr Eingreifen dem Tode verfallen, obwohl diese schon vor Aufhebung des Urteils zur Begnadigung empfohlen waren. Es ist alles nur Gelegenheit zur Schimpferei und Reklame.

Die Thorner Arbeiterschaft gegen den Kriegswahnsinn.

Thorn, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine Versammlung der Vertreter der Arbeiterschaft Thorns und der Umgebung sagte folgenden Beschluß: Falls Westpreußens Grenzen gegen das Eindringen der Polen vertheidigt werden müssen, ist zu fordern, daß den höheren militärischen Dienststellen Sozialdemokraten beigeordnet werden, um Operationen gegen den Willen des Volkes und der Regierung unmöglich zu machen. Ferner soll die deutsche Regierung ersucht werden, für die Truppen an der Ostgrenze das Militärstrafgesetzbuch außer Kraft zu setzen, weil sich unter den angeworbenen Truppen auch Polen und Sozialisten befinden, die an Kampfhandlungen gegen die Polen nicht teilnehmen würden.

Dieser Beschluß der Thorner Arbeiterschaft ist als Dokument der Besonnenheit außerordentlich zu begrüßen. Er beweist, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich in neue Kriegswirren hineinziehen zu lassen. Er zeigt aber auch, daß die Stimmung der Arbeiter heute durchaus nicht — wie von unabhängiger Seite behauptet wird — der nationalistischen Kaufstimmung vom August 1914 gleicht.

einem der Gedichte, das Stramm darauf ausgegangen sei, den Wert der Worte zu wahren. Dies Ziel ist nicht als das Verlangen, sein Fühlen auf gedrängtest unwillkürliche Art bloßzulegen zu offenbaren. Das einzelne Wort ist für sein Gefühl und Bewußtsein ein Gefühl, von mächtigem Inhalt gewesen. Es bedeutete ihm eine Urzelle, die tiefstes umschließt. Er baute damit anpassig, türnte schließlich Wort zu Wort (das Gedicht „Die Menschheit“), wie ein Monument aus pulververwandenen Blöden. Von jenem Grundtrieb aus, in elementaren Urworten künstlerisch zu sein, organisierte Wälder den Gang der Bewegung, die sein Vortrag den Gedichten gibt. Es ist ihm nie darum zu tun, Stimmungen zu veranschaulichen, die über die Erdbundenheit des einzelnen hinausführen ins Kosmisch-Allgemeine; er sucht einzig den Empfindungsinstinkt auszudrücken, das die Persönlichkeit des Dichters in der merkwürdigen Folge der Augenblicke ihres inneren geistigen Erlebens fühlbar werden läßt.

Das dieses Vortragsziel eigenartig starke Wirkungen gewinnen kann, beweist Wälder durchaus. Wenn wachsen heraus besonders die Gedichte „Freudenhaus“, „Weltweide“, „Der Hehle“ (das die nachdenkenden Parteien eines Sturmangriffes durchzieht). Der Vortrag der in leidenschaftlicher Bogenkurve bewegten Rhapsodie „Die Menschheit“, die den Abend abschloß, wurde zur verschärften Probe auf die Bedeutung des letzten fühlbaren Schrittes, den der Dichter hier in der Entwicklung seiner literarischen Form gemacht hat. Wälders Sprache arbeitet mit jenen Energien. Als schritte und riffe er mit heftigstem Drud kurze, feilige Sätze in Zeilen härtlichen Genies. Stramm's Willenswucht in jedem Wort! Wälders Kunst kämpft um die individuellen Naturkräfte der Seele des Dichters. Der Abend wird am kommenden Mittwoch wiederholt. frd.

Notizen.

— Ich singe das Leben: Gedichte von Walt Whitman, dessen hundertster Geburtstag morgen begangen wird, sind in den vorzüglichen neuen Uebersetzungen von Max Habel in G. P. Del u. Co. Verlag, Leipzig-Wien, erschienen. Wir entnehmen dem Buche das Gedicht „Für dich, o Demokratie“.

— Das gefällteste Reclamheft „Das Reclamheft Nr. 197 wurde 1817/18 von dem schweizer Alergrabenfabrikanten aus dem Kreise der Deneer „Arien Rettung“ gefällig. Siegfried Balder: Zwei Fragen“ lautet der neue Titel; und der Inhalt, der sich den Anschein gab, aus Deutschland zu kommen, wandte sich hauptsächlich gegen die Politik der Sozialdemokratischen Partei. Jetzt trägt der bekannte französische Politiker Josef Renaud im „Figaro“ das Heft aus und stellt sich, als ob diese offenbar französische Fälschung in Deutschland erschienen wäre. Er kündigt mit großem Tom-Tom eine auszugweise Uebersetzung an als historischen Beitrag zur Schuldfrage.

Sollte Herr Renaud wirklich nicht wissen, daß das Heft eine der bekannten Fälschungen aus der Propaganda seines eigenen Landes ist? Wenn nicht, so möge er sich um Auskunft an seinen Bekannten Hermann Kerp in Bern-Louven wenden, der dem Verfasser der Reclamfälschung sehr nahe steht, obgleich der Herr seinerzeit in Paris Gerbes „Eich-Lothringen und die deutsche Verständigung“ überseht.

Prozess Ledebour.

Die Verteidigung hatte beim Kammergericht Beschwerde eingelegt wegen Ablehnung ihres Antrages, den Angeklagten Ledebour aus der Haft zu entlassen. Wie der Vorsitzende des Schwurgerichts nach Eröffnung der heutigen Sitzung mitteilte, hat das Kammergericht die Beschwerde abgelehnt.

Die Zeugenerklärung wird fortgesetzt. Der bereits vernommene Zeuge Heimann wird auf seine Meldung noch einmal vernommen. Er sagt, er habe in der Zeitung die Aussage des Zeugen Tiefenhausen gelesen und sei erstaunt gewesen, daß Tiefenhausen verschiedene nicht zutreffende Angaben gemacht habe. Zu ihm (Heimann) habe Tiefenhausen am Dienstag auf dem Gerichtshof gesagt, er sei im Auswärtigen Amt beschäftigt und stehe im Dienst der politischen Polizei. Umwohler sei die Angabe Tiefenhausens, er habe, als nach der Abtötung Eichhorns der Befehl kam, die revolutionären Sicherheitsmaßnahmen sollten sich nach Charlottenburg bewegen, sofort diesem Befehl Folge geleistet. Wahr sei, daß Tiefenhausen noch mehrere Tage nach diesem Befehl im Berliner Polizeipräsidium unter Eichhorn geblieben sei. Tiefenhausen habe auch im Berliner Polizeipräsidium im Dezember Waffen an Zivilisten verteilt. Am 2. oder 3. Dezember habe Tiefenhausen im Marzall auf Regierungstruppen geschossen.

Zeuge Tiefenhausen gibt an, daß er zu Heimann gesagt habe, er sei auf dem Auswärtigen Amt beschäftigt, aber nicht, daß er in der politischen Abteilung beschäftigt sei. Die übrigen Angaben des Zeugen Heimann bezeichnet Tiefenhausen als Lügen. Er sagt, er habe sich sofort nach Bekanntgabe des Befehls nach Charlottenburg zum Polizeipräsidenten Richter begeben. Am 23. und 24. Dezember sei er an der Abfertigung in der Königsstraße beteiligt gewesen. Es sei nicht wahr, daß er auf Regierungstruppen geschossen habe, er habe überhaupt keinen Schuß abgegeben. Daß er sich im Dezember an der Verteilung von Waffen an Zivilisten beteiligt hat, gibt der Zeuge abstrahierend an, er sagt aber, er habe das auf Anweisung tun müssen, denn er sei ja als Schreiber in der Waffenkammer tätig gewesen und habe doch einer dienstlichen Anweisung folgen müssen.

Rechtsanwalt Mastfeld, der feststellen will, ob der Zeuge Tiefenhausen als Spitzel tätig ist, richtet mehrere Fragen in diesem Sinne an den Zeugen. Dieser gibt an, nach seinem Ausscheiden aus dem politischen Sicherheitsdienst sei er kurze Zeit bei der Liga zum Schutz der deutschen Revolution beschäftigt gewesen. Seine Tätigkeit habe darin bestanden, die Gewerkschaften zu besuchen und ihnen antirevolutionäre Flugblätter zur Verteilung zu übermitteln. — Auf Fragen des Rechtsanwalts Obach antwortet der Zeuge, als er sich in Charlottenburg zum Dienst meldete, habe er sich persönlich an den Polizeipräsidenten Richter gewandt und ihm unter anderem mitgeteilt, daß er dem „Vorwärts“ das Material gegen Eichhorn geliefert habe. Er habe sich durch diese Unterredung mit Richter für eine ihm zuzugewandene Stellung bei der Polizei empfohlen wollen, da ihm der Sicherheitsdienst auf der Straße nicht behagte. — Staatsanwalt Jumbrecht fragt den Zeugen, ob er nicht nach seiner Aussage am Dienstag auf der Straße belästigt worden sei. — Der Zeuge antwortet: Nach Schluß der Sitzung seien etwa 100 Menschen, anscheinend aus dem Zubehörraum auf ihn losgeköpft, aus der Menge habe man gerufen: „Schlagt ihn doch tot.“ Er sei, um sich vor der drohenden Menge zu entziehen, auf einen Straßenbahnwagen gesprungen. Heute aus der Menge seien ihm auch dahin gefolgt, er habe sich schließlich in die Kaserne des Regiments Reinhardt geflüchtet.

Durch weitere Fragen der Verteidiger wird festgestellt, daß er in den Angaben über seine Beschäftigung verschwiegen hat, daß er bei der Zentrale für Heimatfront beschäftigt war. — Ferner gibt der Zeuge auf Befragen an, nach seinem Ausscheiden aus dem Sicherheitsdienst habe er sich an Kuttner gewandt, damit dieser ihm eine Stellung verschaffe. Kuttner habe ihn an Baummeister, der damals bei den Regierungstruppen im Reichstage tätig war, empfohlen. Baummeister habe ihn (den Zeugen) für ein kriminalistisches Talent gehalten und ihn deshalb in der Nachrichtenabteilung angestellt. Eine selbständige politische Tätigkeit habe er dort nicht entfaltet, sondern nur ihm erteilte Aufträge ausgeführt. — Ferner kommt zur Sprache, daß Tiefenhausen kurze Zeit nach seiner Meldung beim Charlottenburger Polizeipräsidenten aus der Sicherheitsmannschaft entlassen wurde. Er gibt als Grund dafür an, er sei der neuen Leitung der Sicherheitswehr deshalb verdächtig gewesen, weil er unter Eichhorn in der Waffenkammer tätig war. Zeuge Heimann behauptet dagegen ganz bestimmt, Tiefenhausen sei des-

halb entlassen, weil er sich erst drei Tage nach dem Befehl, sich in Charlottenburg zu melden, dort eingefunden habe. Alle, die sich zu spät meldeten, seien entlassen worden, weil man sie für verdächtig hielt, auf der Seite Eichhorns zu stehen.

Auf Befragen durch den Angeklagten Ledebour gibt der Zeuge Tiefenhausen an, er habe, als er merkte, daß Eichhorn eine revolutionäre Erhebung vorbereite, Beweismaterial zu beschaffen gesucht. In diesem Zweck habe er im Polizeipräsidium im Arbeitszimmer Ostermanns Briefe aus einer auf dessen Schreibtisch liegenden offenen Schreibmappe entnommen.

Dem Zeugen Heimann wird vorgehalten, daß er dorthin gefahren habe, er habe gesehen, daß Tiefenhausen am 23. oder 24. Dezember auf Regierungstruppen geschossen habe. — Zeuge Heimann sagt, das habe er nicht gesehen, aber da Tiefenhausen als Zugführer der Sicherheitswehr mit seiner Abteilung in den Marzall gegangen und von dort geschossen worden sei, so müsse doch auch Tiefenhausen geschossen haben.

Zeuge Widrecht war im Januar militärisches Mitglied des Volksgerichts. Er hat in dieser Eigenschaft mit dem damaligen Stadtkommandanten Marx verhandelt, verzweigt aber, um sich nicht selbst zu belasten, die Aussage über diese Verhandlung, ebenso über die Vorgänge im Marzall, bei denen er zugegen war. — Auf Befragen gibt er an, er sei Mitglied der U. S. P. D.

Kadde, feinerzeit Kommandant der Volksmarineabteilung, sagt aus, die Anruhen im Januar seien zurückzuführen auf den Konflikt der Matrosen mit dem damaligen Stadtkommandanten Wels. Aus Erbitterung darüber, daß bei jener Gelegenheit mit Waffengewalt gegen die Matrosen vorgegangen worden sei, hätten diese Wels, Anton Fischer und Dr. Baumgart als Geiseln nach dem Marzall geführt. Die Matrosen wollten Wels umbringen, in der Nacht sei Ledebour geholt worden, dem es gelungen sei, die aufgeregten Matrosen zu beruhigen und einen Vergleich herbeizuführen. Dem Eingreifen Ledebours sei es zu danken, daß Wels nicht getötet wurde. Am 3. Januar habe der Zeuge die Empfindung gehabt, daß es zu einem bewaffneten Aufstand kommen würde. Am 4. Januar morgens sei ein Automobil, mit Gewehren beladen, nach dem Marzall gekommen. Die Waffen seien nicht von Matrosen, sondern von Zivilisten an Zivilisten verteilt worden. Ledebour sei nicht dabei gewesen. Hiernach sei dem Zeugen klar geworden, daß ein bewaffneter Aufstand bevorstehe, und weil er ein Gegner von Gewalt sei, habe er sein Amt niedergelegt. — Am 6. Januar habe im Marzall ein Teilmarsch geherichtet, alles sei durcheinander gegangen, eine Menge von Arbeitern sei dazugekommen, aber es fehlte der Menge jede Organisation. Die Waffenverteilung ging ganz planlos vor sich.

Auf die Frage der Verteilung gibt der Zeuge Kadde an: In der Nacht vom 23. zum 24. Dezember sei auf Befehl Ledebours, der dabei habe, daß Blutvergießen vermieden werden müsse, ein Vergleich zwischen der Volksmarineabteilung und der Regierung zustande gekommen und den Matrosen versichert, daß nichts gegen sie unternommen werden solle. Trotzdem sei der Marzall am Morgen des 24. Dezember von Regierungstruppen besetzt worden.

Zeuge Grundke war Kampagnenführer der Volksmarineabteilung. Er sagt, er habe am 6. Januar mit dem im Marzall in Haft befindlichen Leutnant Fischer gesprochen. Er sagte, er fühle sich dort ganz sicher, er habe die Kommandantur benachrichtigt, daß nichts zu seiner Befreiung unternommen werden solle. Nachmittags habe der revolutionäre Ausschuss eine Sitzung im Marzall abgehalten. Die Matrosen hätten sich darüber beschwert, daß so viele Arbeiter im Marzall seien und sie, die Matrosen, dort nichts mehr zu sagen hätten. Die Zivilisten seien dann durch eine Ansprache Ledebours beruhigt worden, den Marzall zu verlassen. Auch der revolutionäre Ausschuss sei ersucht worden, seine Sitzungen nicht mehr im Marzall abzuhalten. Der Zeuge ist der Meinung, daß Dorenbach die Waffenverteilung und eine Erhebung der revolutionären Arbeiter begünstigte, aber die Mehrheit der Matrosen habe nicht hinter Dorenbach gestanden, sie hätten eine neutrale Haltung eingenommen. Ledebour sei bei der Waffenverteilung nicht zugegen gewesen. Auf Befragen des Staatsanwalts Obach gibt der Zeuge an, Dorenbach sei es gewesen, der die Arbeiter in den Marzall hineingelassen habe. Er, der Zeuge, habe von dem nach Reichsamt einmündelung eingeleiteten provisorischen Kommando den Auftrag erhalten, gemeinsam mit einigen Kameraden Dorenbach zu verhaften, damit einer von Dorenbach geplanten gewalttätigen Erhebung der Arbeiter vorgebeugt werde. Der revolutionäre Ausschuss habe den Marzall verlassen, nachdem ihn die Matrosen dazu aufgefordert hätten. —

Die Ringkämpfe im Zirkus Walf. Am Mittwochabend rangen Bahn und Sawlowicz 20 Minuten ohne Resultat. Ranien-GH war Stalling nach insgesamt 52 Minuten durch Krönung, während Uebach und Burgadosoff ihren Kampf wegen Polizeistunde abbrechen mußten.

Der Donnerstagabend sah als erstes Paar Uebach und Ranien-GH, die sich in einem äußerst lebhaften Kampfe gegenüberstanden, den Uebach in seinen Stößen entscheiden konnte nach einer Gefährdung von 1 Stunde 20 Minuten durch Doppelmanschette (Medikament nach hinten unter Fesselung beider Arme). Uebach und Sawlowicz bestritten sich dann einen vollen offenen Kampf, der nach 20 Minuten ohne Resultat endete. Von den beiden ausgereizten Teilnehmern Stoll und Strossig legte letzterer nach 16 Minuten 20 Sekunden durch Einwürfen der Waffe.

Reule ringen: Nikolai-Burgadosoff-Kupland gegen Georg Stränge, Weltmeister Berlin, Rudolph Stob-Bremen gegen Willi Stalling-Bremen, Entschuldigungskampf: Paul Bahn, der Samson Amerikid gegen Lazar Sawlowicz-Berlin.

Friedenan. Dem kommunalen Arbeiterrat ist vom Gemeindevorstand das Zimmer im Rathaus gesperrt worden. Die Sprachstunden finden verlässlich bei Collet, Kauerstr. 21, Seitenl. 11, täglich von 9—11, Dienstags und Freitag von 5—7 statt. Sonnabend 8 Uhr: Arbeiterfortbildung bei Epief, Adenstraße 10 Adenbeigröße.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wankow. In dieser Woche Fleischmenge 230 Gramm. Da nur geringe Menge kaltes Fleisch zur Verfügung steht, gelangen zum größten Teil Fleisch- und Leberwurst-Konserve mit zur Ausgabe. (100 Gramm 95 Pf.)

Reinickendorf. In der Woche vom 23. Mai bis 1. Juni 125 Gramm amerikanische Schweinefleischprodukte auf Abschnitt Nr. 5 der Einfuhrzulasskarte. 1 Pfund 740 Pf. Ferner 100 Gramm kaltes oder gekochtes Rindfleisch, 120 Gramm Rindfleischkonserve (100 Gramm 95 Pf.) Sonnabend von 9 Uhr vormittags bis auf Abschnitt 191 der Reinickendorfer Lebensmittelkarte in folgenden Verkaufsstellen: 1/2 Pfund gekochtes Schweinefleisch: Kopenhagener Str. 95, Großandamer: Pantower Allee 33, Fischverkaufsstelle; Berliner Str. 113, Ebenausgabestelle; Giesborsstr. 84, Ede Bierentzwe, Milchverkaufsstelle. Als besondere Bestimmung die braune Ruemeislerkarte. Sonnabend nachmittags auf Abschnitt 194 der Reinickendorfer Karte: 1/2 Pfund Schmalz und Reismehl aus Herbestrich. Auf dem Kopf der Beschriftung wird 1/2 Pfund verabfolgt. Sonnabend von nachmittags 3 Uhr ab auf Abschnitt 195 der Reinickendorfer Karte: Rühfrisch-Pastete und Leberwurst aus Herbestrich (1 Pfund 2,25 M.). Für jeden Haushalt höchstens 1 Pfund Rühfrisch.

Wittenau. Von heute bis Freitag, 8. Juni, auf Abschnitt J 3 und K 4 der Einfuhrzulasskarte je 350 Gramm Auslandsbrot (1,10 M.), auf Abschnitt 26 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 250 Gramm Rindfleisch (0,83 M.), auf Abschnitt 22 der Jugendlichenkarte 1 Dose kondensierte Milch (3 M.).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sozialistische Lehrer. Versammlung am Sonntag 7 Uhr nicht im Lehrerzirkelhaus, sondern hinter der Gartenstraße 2.

Aus aller Welt.

Eifersuchtsdrama in Lufkenwalde.

Lufkenwalde, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Ein Eifersuchtsdrama, das zwei Todesopfer forderte, hat sich hier in der Nacht zu Himmelfahrt ereignet. Der Kräft und Gastwirt Grummt war erst vor kurzem aus der Internierung in England, wo ihn der Kriegsausbruch überrascht hatte, nach Deutschland zurückgekehrt. Während seiner Abwesenheit unterhielt seine Frau ein Liebesverhältnis mit einem Schloffer Helm, den sie von früher her kannte. Obwohl es bereits am Tage vorher zu Täuschlichkeiten zwischen den beiden Liebhabern gekommen war, hielt das den Helm doch nicht ab, sich nachts in die Wohnung der Frau Eingang zu verschaffen. Während seines Aufenthaltes daselbst lehrte plötzlich der abwesend gewesene Ehemann zurück. Beide Männer griffen zur Waffe; es entspann sich ein Ringkampf, in deren Verlauf beide getötet wurden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Sonntagsruhe der Blumen-Geschäftsgestellten in Gefahr.

Durch Verordnung des Polizeipräsidenten ist es den Blumen-Geschäften gestattet, die Geschäfte an Sonntagen von 7 1/2 bis 9 1/2 vormittags geöffnet zu halten. Die Blumen-Geschäftsinhaber wollen ihre Geschäfte, wie früher, auch am Sonntag nachmittags geöffnet halten. Das hat bisher ein großer Teil der Inhaber auch getan. Die Blumen-Geschäftsinhaber haben nun beschlossen, es jedem Inhaber frei zu stellen, sein Geschäft nach Belieben offen zu halten. Das wird dazu führen, daß nur alle Blumen-Geschäftsgestellten um ihre Freizeit am Sonntag kommen. Proteste bei der Behörde haben bisher keinerlei Erfolg gehabt. Die Polizei kümmerte sich nicht um die Durchführung der Arbeiterbestimmungen. Die Angestellten wollen nun am Sonntag eine Kontrolle sämtlicher Geschäfte vornehmen. Alles Nähere in der morgigen Freitag, 7 1/2, Uhr in den Sophienkassen, Sophienstr. 17/18, stattfindenden Versammlung. Auch die Arbeiterkassen bitten wir um Unterstützung. Kein Arbeiter kaufe am Sonntag etwas in den Blumen-Geschäften, sondern erledige seine Einkäufe in den Wochentagen. Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter Gruppe der Blumen-Geschäftsgestellten. Berlin S 42, Lützen-Ufer 1.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Sonntag, den 1. Juni, vormittags 10 Uhr: Versammlungsverammlung der Drahtarbeiter und Arbeiterinnen bei Hähnelstr. 10, Hähnelstr. 10. Angeordnet: 1. Bericht über die Verhandlung betreffs des Tarifvertrages. 2. Verhandlung. Die Vertrauensleute haben sich pünktlich 9 Uhr in demselben Lokal einzufinden.

Wund angelegter Bäckerrevisionen. Die bei den Truhnen-Gesellschaften angestellten Bäckerrevisoren haben sich zur Wahrung ihrer Interessen zu einem Bund angelegter Bäckerrevisoren (Bd: Berlin W. 9, Schellingstr. 7) zusammengeschlossen.

Tagung des deutschen Eisenbahnerverbandes

In seinem Schlusswort betonte der Vorsitzende Brunner, daß ihm das Resultat der Vorstandswahl gleichgültig sein könnte, er wünsche nur, daß der Verband, dessen Gründung und Entwicklung ein Teil seines Lebens sei, sich weiterhin zu einem gewaltigen Machtfaktor entwickeln möge. Im übrigen weist Brunner die gegen den Vorstand erhobenen Angriffe zurück. Wenn Fehler gemacht worden seien, so seien nicht die Personen, sondern die Verhältnisse schuld daran. Den Pressebericht ermittelte der Redakteur des Blattes, Kobuz. Er führte aus, die geringe Zahl der gestellten Anträge beweise, daß gegen die Haltung des Blattes nichts eingewendet sei, und daß die Mitglieder die durch den Krieg bedingten schwierigen Verhältnisse berücksichtigen. Die Anträge, die eine bessere Ausgestaltung des Blattes verlangten, empfiehlt Kobuz teils dem Vorstand zu überweisen, teils anzunehmen. Zur grundsätzlichen Haltung des Blattes hebt er hervor, daß die Redaktion zwar zu allen politischen Tagesfragen Stellung nehme, wenn die Interessen der Eisenbahner in Betracht kommen, daß sie es aber ablehne, sich in den Streit der beiden sozialdemokratischen Parteien zu mischen. Den Mitgliedern ließe es unbenommen, sich politisch auseinanderzusetzen, nur darf dazu nicht die Zeitung benutzt werden, sondern die Versammlungen der politischen Parteien. Im übrigen waren für die Haltung des Blattes maßgebend die parlamentarischen Grundzüge und Forderungen. Gegen die Eisenbahnerorganisation wurde kritiklos Stellung genommen, wenn es galt, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Dabei wurden

Industrie und Handel.

Börse.

Der neuerliche Rückgang der Kriegsanleihe auf 75 1/2 Prozent veranlaßt die Spekulation zwar zu Abgaben, die indes keinen größeren Umfang annahmen. Die Kursveränderungen waren daher im allgemeinen unbedeutend. Einzelne Notizantwerte verloren bis zu 3 Proz. Schwächer waren auch Schiffahrtsaktien und Farbwerke, höher stellten sich dagegen Kanada und Prinz Heinrich. Kolonialwerte verkehrten ungefähr auf letztem Stand. Im späteren Verlauf konnten sich Kriegsanleihen auf 75 1/2 Proz. erholen. Die älteren heimischen Anleihen waren meist etwas niedriger.

Groß-Berlin

Soll die Wohnung unbenutzt bleiben?

Ein Mann, der seit Monaten nach einer kleinen Wohnung sucht, ersucht in Madrid von einer Sechszimmerwohnung, die zur Hälfte leer steht. Der Vermieter war bereit, ihm die unbenutzten Zimmer zu vermieten, doch möchte für diesen Wohnungsteil ein besonderer Gastmehrer aufgestellt und in einem als Küche eingerichteten Zimmer noch Gasleitung gelegt werden. Da der Vermieter die Ausgaben nicht zu Lasten des im Konkurs befindlichen Hauses übernehmen wollte und auch der Mieter sie nicht tragen konnte, so wurde bei den Gaswerken der Stadt Berlin angefragt. Die Antwort lautete, die Gasleitung müsse auf private Kosten gelegt werden, im übrigen aber könnten die Gaswerke bis auf weiteres keine Gasmeter liefern. Dem Wohnungsucher und allen, denen es ähnlich geht, empfehlen wir, das Wohnungsamt der Stadt Berlin um Beistand zu bitten. Durch Kostenübernahme muß es ermöglicht werden, die Wohnung benutzbar zu machen. Das Wohnungsamt sollte auch prüfen, ob für die Gaswerke tatsächlich die Unmöglichkeit zöfcher Lieferung besteht.

Zuschüsse für Arbeitslose.

Die Sachverständigenkonferenz der Groß-Berliner Erwerbslosenfürsorge beschäftigte sich mit Anträgen der Vertretungen der Arbeitslosen und der Arbeitslosenvereinigungen auf Gewährung von Zuschüssen zum Erwerb der ausländischen Lebensmittel und zur Rente.

Stadtrat Sassenbach machte den Vorschlag, als Mietbeihilfe monatlich einen Betrag zu gewähren, der viermal so hoch sein soll, als der tägliche Unterhaltungslohn. Diese Beihilfe soll erst nach dreimonatlicher Erwerbslosenunterstützung gewährt werden. Bei

Veratung über die Zahlung von Zuschüssen zum Kauf von Lebensmitteln aus dem Auslande lagen große Schwierigkeiten vor, denn außer den Erwerbslosen gebe es noch unzählige, die die teureren Lebensmittel gleichfalls nicht erwerben könnten; für diese müßte dann auch gesorgt werden.

Aus der Versammlung wurde angeregt, die Mietunterstützung schon nach zwei Monaten zu zahlen. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Gemeinden in der Sache nichts tun könnten, da sie schon jetzt kaum mehr wählen, wo sie das Geld hernehmen sollten. Die Preise für Lebensmittel müßten herabgesetzt werden, dann könne man auch die Löhne reduzieren. Weiter wurde betont, daß nicht alle Erwerbslosen eine Mietunterstützung benötigen, sondern daß sie nur auf Antrag zu zahlen sei. Die Mietunterstützung dürfe aber nicht den Arbeitslosen gezahlt werden, sondern es müsse vorher mit den Hauswirten wegen einer Herabsetzung der fälligen Miete verhandelt und dann der Betrag den Vermietern überwiesen werden. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, daß die Mietunterstützung den Arbeitslosen nur auf Antrag gewährt werden soll; der Antrag müsse geprüft und als berechtigt anerkannt werden. Die Stellung des Antrages dürfe erst erfolgen, wenn der Arbeitslose zwei Monate Erwerbslosenunterstützung bezogen habe. Wegen der Zahlung soll mit dem Reich und dem Staat in Verbindung getreten werden. Die Wünsche wegen des Erwerbs von ausländischen Lebensmitteln wird Stadtrat Sassenbach der Demobilisationskommission unterbreiten.

Einbruch im Bureau der Waffenstillstandskommission.

In der Nacht zum Donnerstag drangen Einbrecher in die Büroräume der Deutschen Waffenstillstandskommission in der Vubapaster Str. 14, Ede Lohstraße, ein. Gegen 2 1/2 Uhr morgens wurde die Frau des Hausmeisters durch ein schnurrendes Geräusch aus dem Schlafe geweckt. Ihr Mann ging sofort dem verdächtigen Geräusch nach und stellte bald fest, daß Einbrecher in die Büroräume der Waffenstillstandskommission eingedrungen waren und bereits den Geldschrank erbrochen hatten. Der Hausmeister benachrichtigte sofort die auf dem Grundstück untergebrachte Militärwache und nahm mit mehreren Soldaten die Verfolgung der Diebe auf. Diese hatten aber den Hausmeister bemerkt und waren inzwischen durch ein Fenster nach der Vohstraße geflüchtet. Hier hatte ein Automobil auf sie gewartet, in dem sie die Flucht ergriffen hatten. Die Diebe haben in der Eile ihr Sauerstoffgebläse, mit dem sie den Geldschrank geöffnet hatten, und andere Einbrecherwerkzeuge am Latort zurückgelassen. Nach den bisherigen Feststellungen sind den Einbrechern 175.000 Mark in barem Gelde in die Hände gefallen. Einen Betrag in der Höhe von 70.000 Mark liegen sie bei ihrer Flucht im Bureau zurück. Auf die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 5000 Mark angesetzt worden.

